

Schule | 23.02.2022 | Nr. 60/22

## **Tobias von der Heide: TOP 21 ff.: Wir wollen zurück zur Normalität**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

in kaum einem gesellschaftlichen Bereich haben wir ein höheres Schutzniveau als an unseren Schulen. Die Testpflicht sowie die Maskenpflicht sind lange Zeit notwendige Maßnahmen gewesen, um unsere Kinder und Jugendlichen vor dem Virus zu schützen. Wir sind vorsichtig gewesen zum Schutz unserer Kinder. Aber: ich hatte das in meiner letzten Rede hier sehr deutlich gesagt – Kinder haben ein Recht auf Kindheit und Jugendliche haben ein Recht auf Jugend. Und das bedeutet für uns auch, dass wir zwischen Kindern und Jugendlichen und Erwachsenen nicht dauerhaft große Unterschiede in der Pandemiebekämpfung zulassen dürfen. Wir dürfen hier nicht mit zweierlei Maß messen.

Und dabei ist wichtig: unsere Maßnahmen schützen nicht nur vor dem Virus, sondern haben auch Folgewirkungen. Die soziale Interaktion im Klassenzimmer auch zwischen dem besten Freund und der besten Freundin leidet unter unseren Maßnahmen. Das hat Folgen für das Miteinander und führt zu einer Veränderung im sozialen Leben in unseren Schulen. Viele Schülerinnen und Schüler leiden unter psychosozialen Auswirkungen. Das wissen wir mittlerweile. Dafür haben wir zum Beispiel mit dem Projekt Pro-Jung auch Maßnahmen ergriffen. Am Anfang der Pandemie waren alle Maßnahmen auf den Schutz der Gesundheit vor dem Corona-Virus ausgerichtet und wir haben dementsprechend gehandelt. Nach zwei Jahren Pandemie wird es aber immer wichtiger, den Blick auf die Langzeitfolgen zu richten und unsere Maßnahmen noch stärker nach der Angemessenheit und Verhältnismäßigkeit zu überprüfen.

Wissenschaftler und Expertinnen raten uns, abzurüsten und auf die Testpflicht und die Maskenpflicht zu verzichten. Diesen Weg schlagen wir jetzt ein. Und das ist auch richtig, weil der Maßstab für unsere Maßnahmen nicht die Angst oder die Sorge vor dem Corona-Virus sein sollte, sondern die objektive Gefährdungslage von Kindern und Jugendlichen in unseren Schulen. Das Dashboard des Landes zeigt uns: wir sind weit von einer sogenannten „Durchseuchung“ entfernt. Ja, es stecken sich auch

Kinder und Jugendliche an, aber wir haben keine Anzeichen für ein exponentielles Wachstum. Und noch viel wichtiger: Kinder und Jugendliche, die an dem Corona-Virus erkranken, haben kaum schwere Krankheitsverläufe. Eine Behandlung im Krankenhaus ist der absolute Einzelfall und meistens mit Vorerkrankungen zu erklären. Deshalb bleibt es wichtig, die vulnerablen Gruppen zu schützen und dafür haben wir zum Beispiel mit der Schulbefreiung Lösungen gefunden.

Deshalb gerade in Richtung SPD: Hören Sie auf den Rat der Wissenschaft und hören Sie auf, Eltern zu verunsichern. Zurück zum Distanzunterricht, Aussetzung der Präsenzpflcht, Verbot von Klassenfahrten, PCR-Pooltests – das sind Ihre Forderungen der letzten Wochen gewesen. Ich kann zwar jede Sorge verstehen. Aber unsere Maßnahmen müssen sich an den Erkenntnissen von Expertinnen und Experten orientieren. Das sollte auch für Sie der Maßstab für die notwendigen Maßnahmen sein. Allerdings haben Sie das ja mittlerweile selber verstanden, sonst hätten Sie heute einen Antrag mit aktuellen Vorschlägen gemacht. Stattdessen haben Sie heute hier nur einen Berichtsantrag eingebracht. Das ist jetzt keine anspruchsvolle Oppositionsarbeit.

Karin Prien und Ihr Ministerium tun das, was geboten ist. Immer wieder abzuwägen, was ist die richtige Maßnahme ist in der entsprechenden Phase der Pandemie, die zukünftig wahrscheinlich zur Endemie wird. Und jetzt ist der richtige Zeitpunkt die Testpflicht zurückzufahren. Und das gleiche gilt in der Folge auch für die Maskenpflicht.

Das, was für Erwachsene gilt, muss jetzt auch für Kinder und Jugendliche gelten: wir wollen zurück zur Normalität, weil dafür jetzt der richtige Zeitpunkt ist.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.